

II-6425 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3205/J

1992-06-26

Anfrage

der Abgeordneten Madeleine Petrovic und FreundInnen

an den Minister für Finanzen

betreffend: Unmenschliche bürokratische Schikanen bei Polizeikommissariaten

Entgegen den von allen politischen Kräften abgegebenen Beteuerungen, etablierte GastarbeiterInnen im Interesse der Betroffenen und der österreichischen Wirtschaft rasch und bestmöglich integrieren zu wollen, werden in der Vollziehung unnötige - letztlich die SteuerzahlerInnen belastende und für die Betroffenen unmenschliche - Behördenpraktiken seit Jahren toleriert, ja geradezu bewußt in Kauf genommen (siehe etwa die Kopie der beiliegenden Kolumne "Menschlich betrachtet", deren inhaltliche Richtigkeit von der fragestellenden Abgeordneten aus zahlreichen eigenen Wahrnehmungen bestätigt werden kann).

Diese Mißstände in der Vollziehung ließen sich mit etwas gutem Willen ohne jeglichen Mehraufwand rasch abstellen und würde zu einem besseren Arbeitsklima in den Ämtern führen. Stattdessen werden Nummernsysteme abgeschafft, spezielle - und besonders überlastete - AusländerInnenschalter geschaffen und so offenbar die von führenden SP-Politikern angekündigten Schikanen, um AusländerInnen den Aufenthalt in Österreich tunlichst zu verleidet, in die Tat umgesetzt. Den betroffenen AusländerInnen gegenüber erscheint dies nicht nur unmenschlich, sondern in höchstem Maße ungerecht, da die AusländerInnen aufgrund ihrer schlechteren rechtlichen Absicherung in Summe um Milliardenbeträge mehr in das System der österreichischen Sozialversicherung (und damit indirekt in das Budget) einzahlen als sie erhalten. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher die folgende

Anfrage:

1. Bei den Finanzämtern sind eigene AusländerInnenschalter eingerichtet, die personell unterausgestattet sind und schlechter funktionieren als die sonstigen Verwaltungstätigkeiten. Sind Sie bereit, diese unmenschliche, AusländerInnen zu Menschen zweiter Klasse degradierenden Verwaltungspraktiken raschest abzuändern, etwa durch Einführung der ganz normalen buchstabenmäßigen Zuteilung in Verbindung mit dem Einsatz "wandernder" ÜbersetzerInnen ?
2. Wie hoch quantifizieren Sie für die letzten zehn Jahre den Saldo der von bzw. an AusländerInnen geflossenen Zahlungen, soweit diese direkt oder indirekt (via Sozialversicherung) budgetrelevant waren ?

- 2 -

3. Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit bei den Finanzämtern für InländerInnen einerseits und bei den AusländerInnenschaltern andererseits ?
4. Wie hoch quantifizieren Sie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Wartezeiten von BürgerInnen einerseits und AusländerInnen andererseits beim Warten auf Dienstleistungen der Finanzämter ?

Seite 13

KRONE, Sa, 20.6.92

Menschlich betrachtet



von
OMBUDSMAN
REINALD HÜBL

Um ein Uhr nachts bei der Glastür

CLAUDIA ist Sozialarbeiterin. Sie wohnt in Wien-Ottakring. Privat ist Claudia sehr verliebt, bereits verlobt und wird demnächst heiraten.

Ihr Problem: „Ihr Zukünftiger“ ist jugoslawischer Staatsbürger.

Oje.

Das gibt Schwierigkeiten, ist doch klar. Vorsprachen beim Polizeikommissariat in der Grubergasse sind erforderlich. Der Papierkrieg hält. Viele Leute haben dort zu tun. Paßangelegenheiten, Visa-Anträge, Meldezettel.

Seit erstem April gibt es keine Wartenummern mehr. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Die ersten kommen jetzt schon um ein Uhr nachts, bereit, sich sieben Stunden anzustellen, bis um acht das Amt öffnet.

Da drängt sich dann eine österreichisch-ausländische Patienten-Menschenraube, 50 bis 100 Personen, durch eine Glastür, die jeden Moment zu zersplittern droht unter dem Druck der in die Amtsstuben Strebenden.

Aggressionen kommen auf. Die ohnedies überlasteten Beamtinnen und Beamten bekommen sie zu spüren. Die Atmosphäre ist feindselig, unmenschlich und einer modernen, bürgerfreundlichen Verwaltung in einem demokratischen Land unwürdig.

Claudia ist beruflich selbst Amtsperson. Gewohnt, mit Menschen konfrontiert zu werden, die Probleme haben. Sie fragt: „Bitte kann man das nicht ändern?“ Dutzende Unterschriften stehen unter ihrer.

Bürokratie kann herzlos sein. Hier ist das der Fall.